

## **Bericht der AGBR -Konferenz vom 8.-10.2.2000 im GeoForschungsZentrum in Potsdam (GFZ)**

Die AGBR-Konferenz tagte vom 8.-10.2.2000 im GFZ. Die Delegierten der Betriebs- und Personalräte vertreten etwa 50 000 Beschäftigte der außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Beherrschendes Thema dieser Konferenz war die derzeit laufende Diskussion über die zukünftige Struktur und die geplante programmorientierte Steuerung der Hermann von Helmholtz Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF). Nach dem Willen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung soll sich die Forschung in der HGF künftig in sechs thematische und zentrenübergreifende Programmschwerpunkte aufgliedern, die im Bundeshaushalt ausgewiesen werden.

Nach Meinung der Betriebs- und Personalräte ist dies nachvollziehbar, jedoch ist auch in Zukunft eine langfristig gesicherte Grundfinanzierung der einzelnen Forschungszentren unverzichtbar, um

- langfristige Forschungsprogramme sicherzustellen,
- die Infrastruktur der Einrichtungen zu erhalten, und
- weiterhin ihre Ausbildungsfunktion und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu gewährleisten.

Sowohl die rechtliche Selbständigkeit der Zentren als auch die bestehenden Formen der Mitbestimmung müssen erhalten bleiben.

Aufgrund des verstärkten Wettbewerbs bei Einführung der Programmsteuerung wird sich nach Auffassung der Betriebs- und Personalräte der Standortnachteil aller Forschungseinrichtungen im Osten Deutschlands verstärken, solange der BAT-O besteht. Unter den Bedingungen einer um 14 % schlechteren Bezahlung und längerer Arbeitszeit ist es schwerer, qualifizierte Mitarbeiter/innen für diese Forschungseinrichtungen zu gewinnen.

Die Konferenz verabschiedete eine Stellungnahme zur beabsichtigten Programmsteuerung der HGF. Dazu wurde auch eine intensive Diskussion mit Prof. Ganten (Vorsitzender der HGF) und Prof. Buttler (Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg) geführt.

Mit beiden Referenten bestand Konsens, dass im künftigen Senat der HGF auch Vertreter der Gesellschaft und der Gewerkschaften sowie der AGBR mit Stimmrecht vertreten sein sollen. Prof. Ganten sagte zu, dass die HGF sich für die Streichung des BAT-O einsetzen wird. Übereinstimmung bestand, dass es keines gesonderten Wissenschaftstarifvertrags bedarf, sondern wissenschaftsspezifische Regelungen innerhalb des Tarifwerks des öffentlichen Dienstes sinnvoll sein können. Mit dem HGF-Vorsitzenden wurde verabredet, zur Problematik der Eingruppierung von Sekretärinnen bald ein gemeinsames Gespräch mit der Präsidentin des Bundesrechnungshofes zu führen.

Offen blieb, wie unter den Bedingungen der Programmsteuerung die künftige Finanzierung konkret ausgestaltet werden soll und wie beim Wegfall von Programmteilen die Neuorientierung der betroffenen Beschäftigten gesichert werden kann.

Die in einer Nacht-und-Nebel-Aktion vorbereitete Fusion der GMD-Forschungszentrum Informatik GmbH mit der Fraunhofer-Gesellschaft hat bei den Beschäftigten, bei den Forschungsorganisationen und selbst bei den betroffenen Ländern zu Irritationen und Entrüstung geführt. Die AGBR verurteilt diese Vorgehensweise. Für zukünftige Veränderungen in der deutschen Forschungslandschaft fordert die AGBR nachdrücklich eine rechtzeitige, umfassende und transparente Einbeziehung der Arbeitnehmer-Interessenvertretungen.

Auch Erfahrungen mit Institutsauflösungen und Teilschließungen bei Einrichtungen der "Blauen Liste" wurden angesprochen. Mit Empörung wurde festgestellt, dass an einzelnen Einrichtungen, die formal privatrechtlich organisiert sind, das jeweilige Sitzland sich unter "Einsatz aller arbeitsrechtlichen Instrumente" seiner Verantwortung für die Beschäftigten zu entziehen versucht hat.